



## **Gerechtigkeit in Deutschland: Einstellungen der Bevölkerung zu Fragen der Verteilungsgerechtigkeit und Steuerpolitik**

Ergebnisse einer Meinungsumfrage im Auftrag  
des Paritätischen Gesamtverbandes

12. September 2013

### **Der Kontext**

Eine steuerpolitische Kehrtwende ist zwingend notwendig, um notwendige soziale Investitionen und Reformen auch künftig finanzieren zu können. Daher engagiert sich der Verband gemeinsam mit anderen Partnern im Bündnis „Umfairteilen - Reichtum besteuern!“, das am Samstag, den 14. September 2013 zur zentralen Abschlussdemonstration seiner Kampagne in Bochum einlädt.

### **Die Umfrage**

Die repräsentative Erhebung wurde vom 3. bis 5. September 2013 von TNS Infratest Politikforschung im Auftrag des Paritätischen Gesamtverbandes durchgeführt. Insgesamt wurden 1015 wahlberechtigte Personen über 18 Jahren in Deutschland befragt. Es handelt sich dabei um eine repräsentative Zufallsauswahl (Randomstichprobe).

Bereits im Mai dieses Jahres sind wir der Frage nachgegangen, wie weit unsere Meinung zur Steuerpolitik in der Bevölkerung geteilt wird.

Mit der aktuellen Umfrage wollten wir erfahren: Wie ist die Einstellung in der Bevölkerung zu unseren steuerpolitischen Forderungen zwei Wochen der Bundestagswahl? Was konnte die Kampagne „Umfairteilen“ bisher bewirken?

Und in Ergänzung zur Erstbefragung: Was versteht man in der Bevölkerung unter "hohem Einkommen und Vermögen" bzw. ab wann wird eine stärkere Besteuerung für akzeptabel gehalten? Neben der Auswertung nach parteipolitischen Präferenzen interessierten uns so kurz vor der Wahl insbesondere die Einstellungen in der Gruppe der noch Unentschlossenen.

## Die Befunde im Überblick

### **Befund 1**

Bereits in der Mai-Befragung beurteilte eine außerordentliche starke Mehrheit in der Bevölkerung die gegebene Vermögensverteilung in Deutschland als ungerecht: nämlich 66 Prozent bei einer „ungestützten“, allgemein formulierten Frage und 78 Prozent bei einer „gestützten“ Frage, in der die derzeitige Vermögensverteilung dezidiert erläutert wurde.

Diese Werte liegen vier Monate später noch deutlich höher: Aktuell halten 75 Prozent (ungestützte Frage) bzw. 82 Prozent (gestützte Frage) die Vermögensverteilung in Deutschland für ungerecht.

### **Befund 2**

Eine deutliche und parteiübergreifende Mehrheit sieht zusätzlichen Investitionsbedarf in den Bereichen Bildung (75%) und Soziales (59%). Die Ergebnisse vom Mai wurden damit bestätigt und stabilisiert.

### **Befund 3**

Eine überwältigende, parteiübergreifende Mehrheit ist der Meinung, dass der Staat aktuell zu wenig tut für Pflegebedürftige (76%), eine deutliche Mehrheit sieht darüber hinaus Handlungsbedarf bei den Hilfen für benachteiligte Kinder und Jugendliche (67%) und für die Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt (60%).

Während man sich bezüglich des Handlungsbedarfs im Bereich der Pflege über alle Parteigrenzen hinweg einig ist, fallen die Einschätzungen zu den Hilfen für benachteiligte Kinder und Jugendliche differenzierter aus: Nur eine knappe Mehrheit der CDU/CSU-Wähler/innen (52%) ist der Meinung, dass der Staat hier zu wenig tue, 47 Prozent dagegen meinen, dass der Staat sich hier genau richtig oder sogar zu viel engagiere.

Noch deutlicher sind die Meinungsunterschiede bei der Frage nach der Eingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt: Während die Wähler/innen von Linkspartei und SPD zu 75 bzw. 65 Prozent sagen, hier werde zu wenig getan, sind es in der Wählerschaft von CDU/CSU und Grünen gerade einmal 49 bzw. 44 Prozent. Auffallend bei den Wähler/innen der Grünen ist dabei, dass 10 Prozent von ihnen zu diesem Thema gar keine Meinung haben.

### **Befund 4**

Es gibt nach wie vor eine ungebrochen hohe Zustimmung in der Bevölkerung (77%) zu einer stärkeren Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen.

Allerdings hat sich nach Parteipräferenzen das jeweilige Profil im Laufe des Wahlkampfes deutlich konturiert. So ging die Zustimmung zu einer stärkeren Besteuerung bei den Wähler/innen von CDU/CSU von 66 Prozent im Mai auf 60 Prozent zurück, während sie bei den Wähler/innen der SPD von 85 auf 93 Prozent und bei denen der Linkspartei von 87 auf 94 Prozent anstieg.

Große Zustimmung für die stärkere Besteuerung sehr hoher Einkommen und Vermögen gibt es derzeit insbesondere auch bei den noch Unentschlossenen (73%).

## **Befund 5**

Für mehr als die Hälfte (53%) der Bevölkerung spielen unabhängig von der Parteipräferenz die Steuerpläne der Parteien eine Rolle für ihre Wahlentscheidung, bei den noch Unentschlossenen sind es sogar 62 Prozent.

Eine Ausnahme bildet die Wählerschaft der Grünen: Hier gaben lediglich 38 Prozent an, dass für sie steuerpolitische Pläne eine Rolle bei der Wahlentscheidung spielten, während 62 Prozent dies ausdrücklich verneinten.

## **Befund 6**

Für 73 Prozent sind 100.000 Euro Brutto-Jahreseinkommen ein „sehr hohes Einkommen“. Nach Parteipräferenzen aufgeschlüsselt zeigen sich hier geringfügige Differenzen, die Spannweite reicht von 69 Prozent (CDU/CSU) bis 78 Prozent (SPD).

Für rund ein Drittel (35%) beginnen „sehr große Vermögen“ ab einem Betrag von 1.000.000 Euro, für den Rest bereits deutlich darunter.

Wenig überraschend korreliert die jeweilige Einschätzung mit der eigenen materiellen Situation.

## **Befund 7**

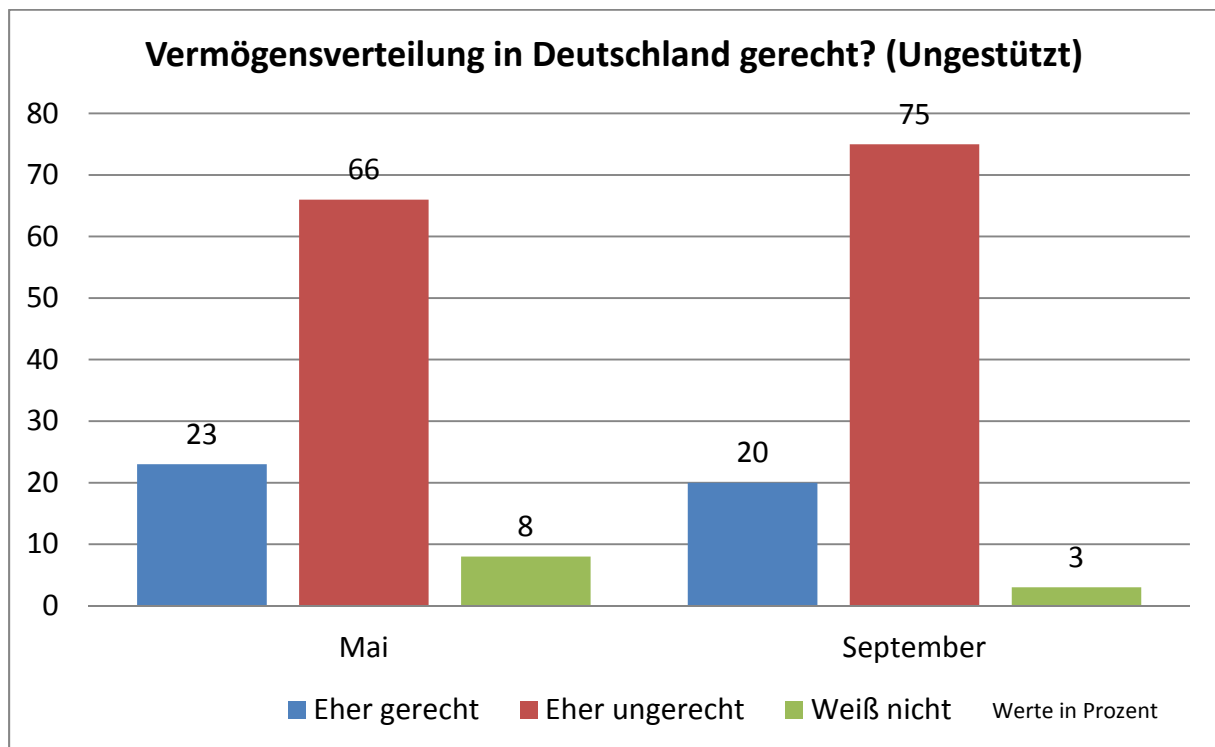
Ein sehr klares Profil zeigt die Gruppe derer, die hinsichtlich ihrer Wahlentscheidung noch unentschlossen sind: 78 Prozent von ihnen sagt, dass im Bildungsbereich und 66 Prozent, dass im sozialen Bereich zu wenig investiert werde. 73 Prozent von ihnen sind der Ansicht, dass Menschen mit sehr hohen Einkommen und Vermögen höhere Steuern als bisher bezahlen sollten, um öffentliche Aufgaben zu finanzieren. Und für 62 Prozent von ihnen spielen die Steuerpläne der Parteien eine Rolle für die finale Wahlentscheidung.

## **Fazit:**

Die Folgebefragung zeigt: In den letzten Monaten ist es insgesamt gelungen, die Menschen noch stärker zu sensibilisieren für die Frage der Vermögensverteilung und die Notwendigkeit sozialer Investitionen. Die Steuerpolitik spielt dabei für die Mehrheit in der Bevölkerung mittlerweile eine wahlentscheidende Rolle. Insbesondere bei der Hauptzielgruppe des Lagers der noch Unentschlossenen gibt es starke Präferenzen für soziale Investitionen und steuerpolitische Umverteilung. Zwei Drittel von ihnen werden auch davon ihre Wahlentscheidung abhängig machen.

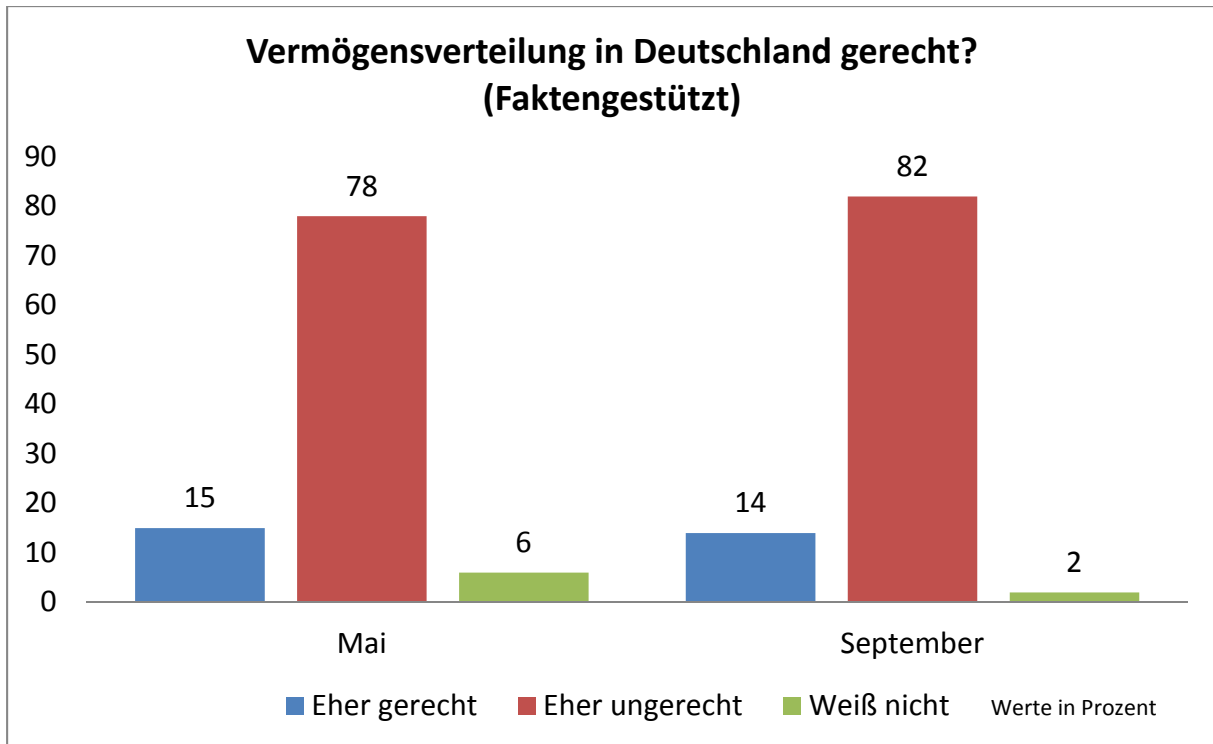
## Die Ergebnisse im Einzelnen<sup>1</sup>

Frage 1A: Wenn Sie nun einmal an die Verteilung des privaten Vermögens in Deutschland denken: Würden Sie da sagen, dass die Vermögensverteilung in Deutschland eher gerecht oder eher ungerecht ist?

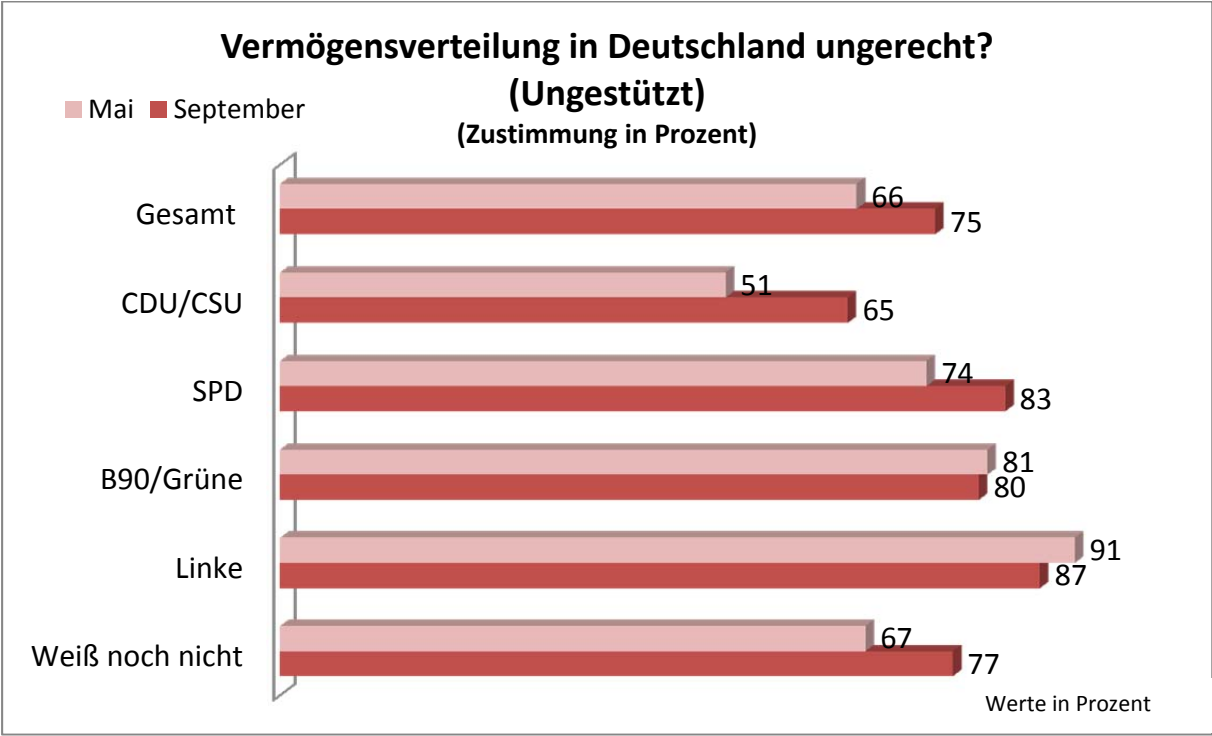


<sup>1</sup> Alle Grafiken ohne Missings aufbereitet.

Frage 1B: Nach einem aktuellen Bericht der Bundesregierung verfügen die reichsten 10 Prozent der Privathaushalte in Deutschland über 53 Prozent des gesamten Vermögens, die untere Hälfte der Gesellschaft über 1 Prozent. Würden Sie sagen, dass die Vermögensverteilung in Deutschland eher gerecht oder eher ungerecht ist?



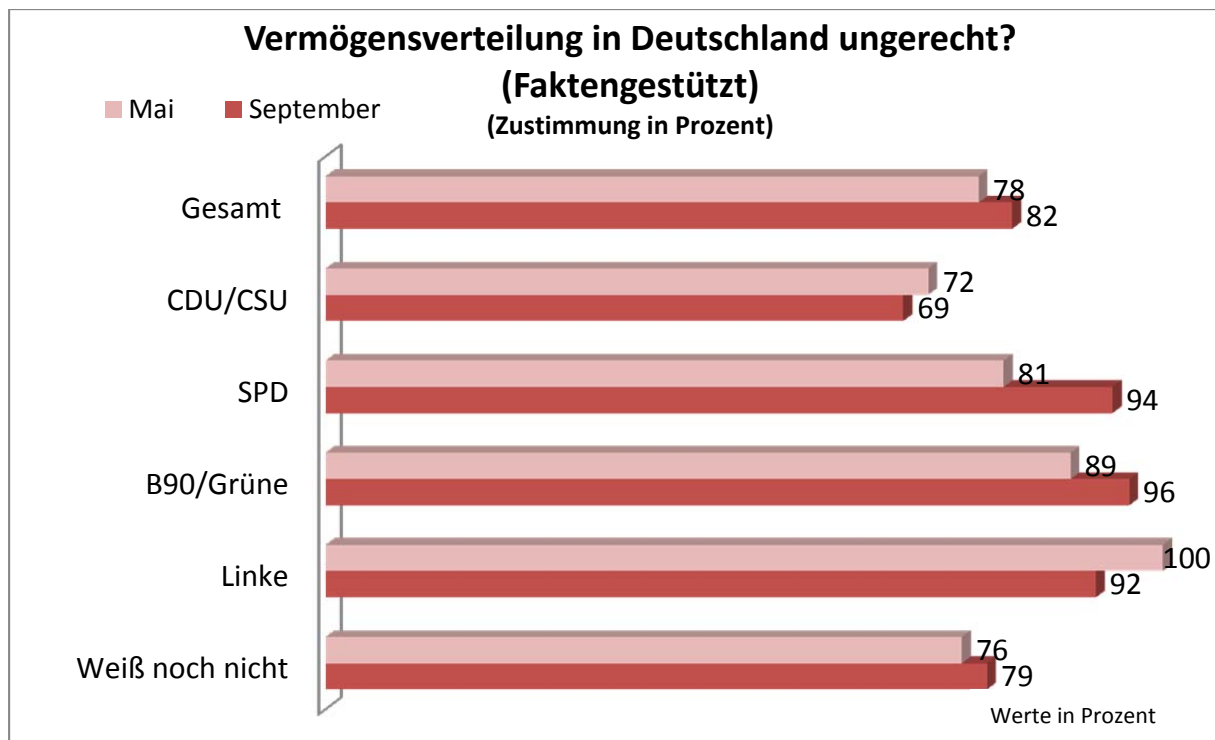
Frage 1A: Wenn Sie nun einmal an die Verteilung des privaten Vermögens in Deutschland denken: Würden Sie da sagen, dass die Vermögensverteilung in Deutschland eher gerecht oder eher ungerecht ist?



Vermögensverteilung in Deutschland ungerecht? (Unterstützt)						
(Zustimmung in Prozent)						
	Weiß noch nicht	Linke	B90/Grüne	SPD	CDU/CSU	Gesamt
<b>September</b>	77	87	80	83	65	75
<b>Mai</b>	67	91	81	74	51	66

Werte in Prozent

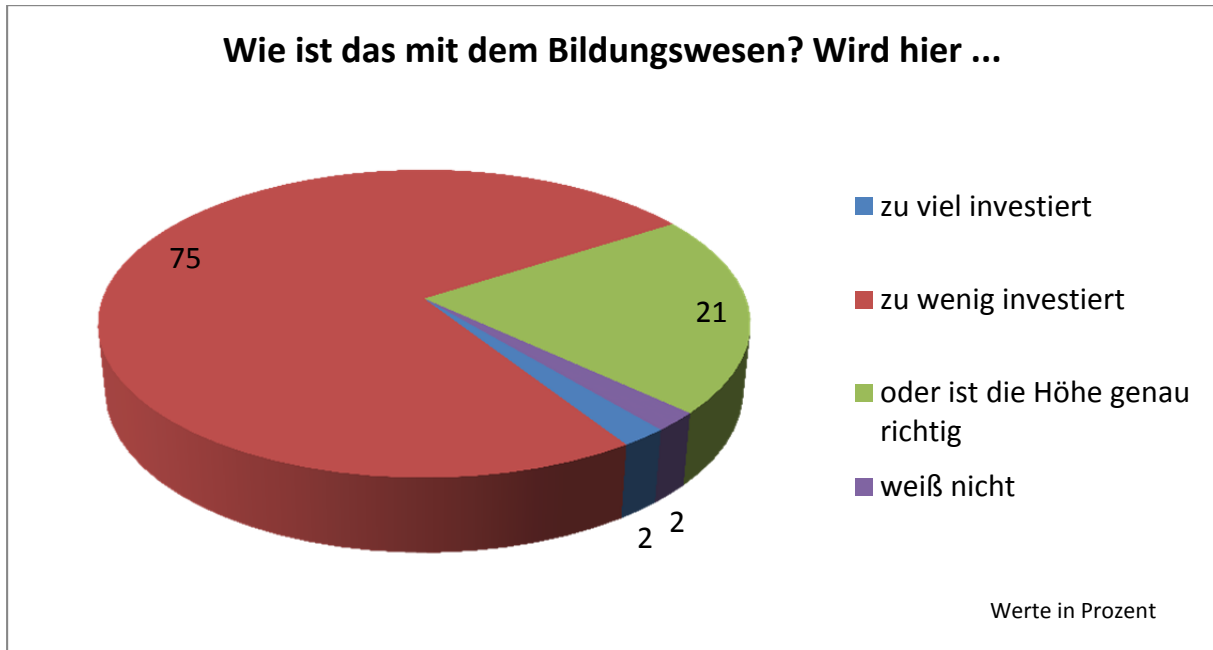
Frage 1B: Nach einem aktuellen Bericht der Bundesregierung verfügen die reichsten 10 Prozent der Privathaushalte in Deutschland über 53 Prozent des gesamten Vermögens, die untere Hälfte der Gesellschaft über 1 Prozent. Würden Sie sagen, dass die Vermögensverteilung in Deutschland eher gerecht oder eher ungerecht ist?



<b>Vermögensverteilung in Deutschland ungerecht? (Faktengestützt)</b>						
<b>(Zustimmung in Prozent)</b>						
	Weiß noch nicht	Linke	B90/Grüne	SPD	CDU/CSU	<b>Gesamt</b>
<b>Mai</b>	76	100	89	81	72	78
<b>September</b>	79	92	96	94	69	82

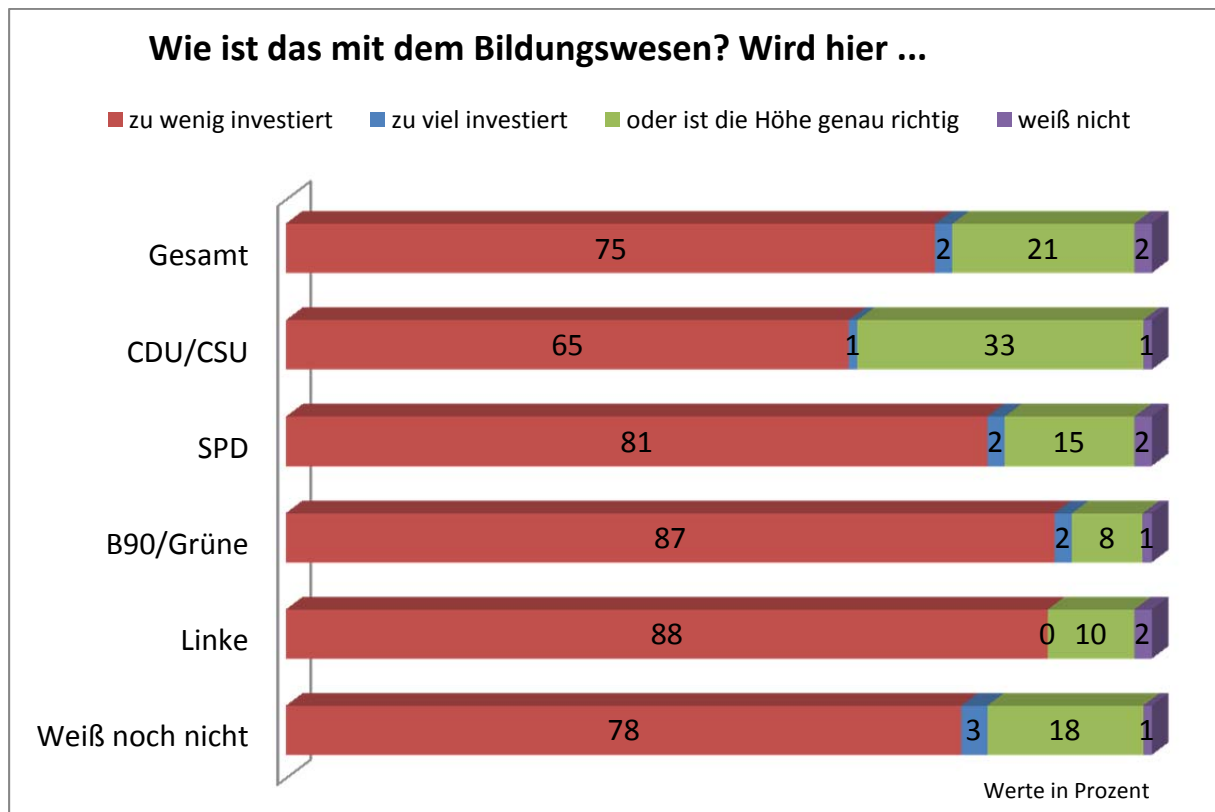
Werte in Prozent

Frage 2: Ich lese Ihnen verschiedene Bereiche vor, in die der Staat finanzielle Mittel investiert. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Ihrer Meinung nach in Deutschland in diesen Bereich zu viel oder zu wenig investiert wird oder ob die Höhe der Investitionen genau richtig ist. Wie ist das mit ... Wird hier ...





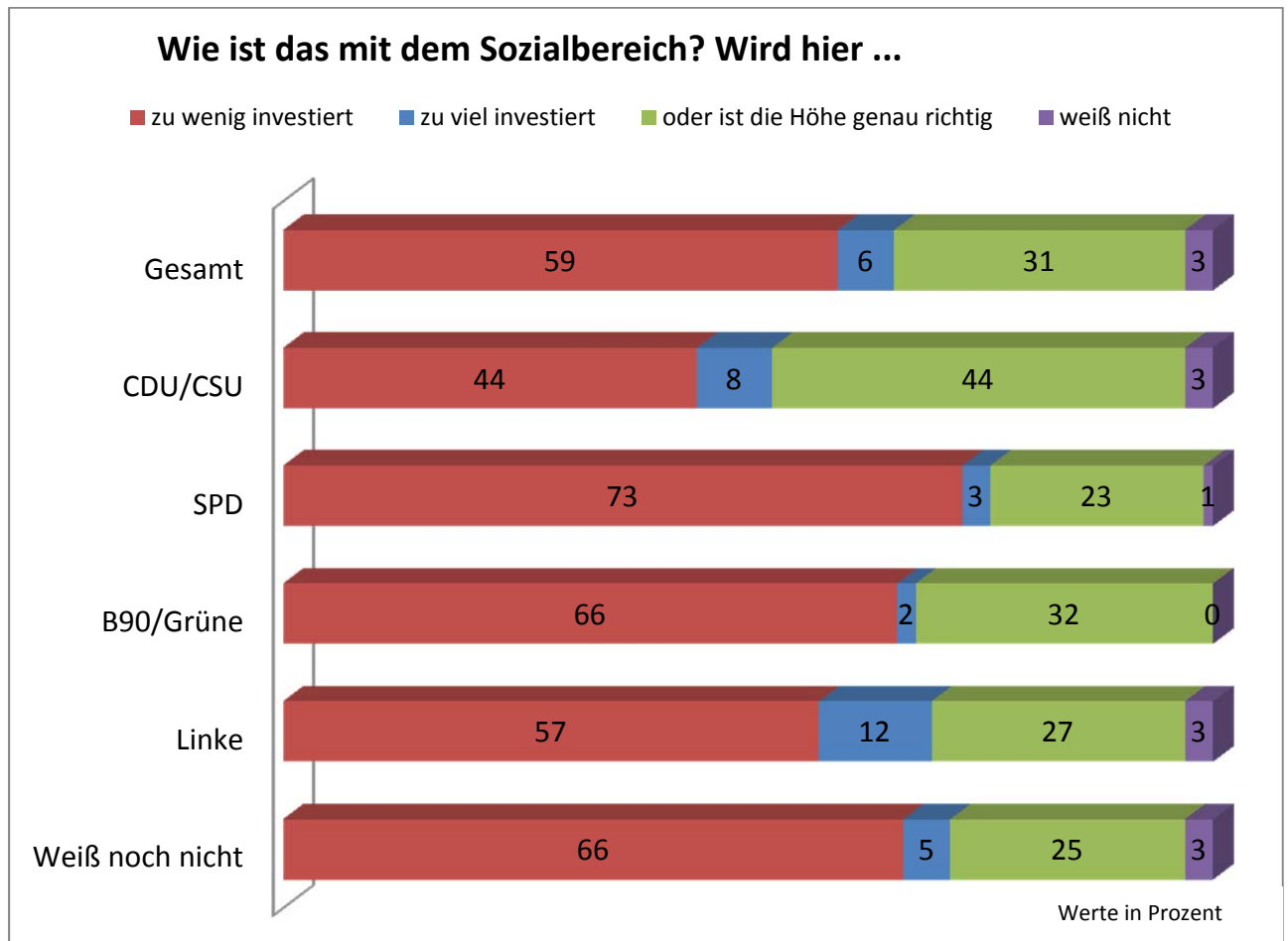
Frage 2A: Ich lese Ihnen verschiedene Bereiche vor, in die der Staat finanzielle Mittel investiert. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Ihrer Meinung nach in Deutschland in diesen Bereich zu viel oder zu wenig investiert wird oder ob die Höhe der Investitionen genau richtig ist. Wie ist das mit **dem Bildungswesen**? Wird hier ...



<b>Wie ist das mit dem Bildungswesen? Wird hier ...</b>						
In Klammern: Erhebung Mai/2013						
	Weiß noch nicht	Linke	B90/Grüne	SPD	CDU/CSU	<b>Gesamt</b>
<b>zu viel investiert</b>	<b>3</b> (1)	<b>0</b> (0)	<b>2</b> (1)	<b>2</b> (2)	<b>1</b> (1)	<b>2</b> (1)
<b>zu wenig investiert</b>	<b>78</b> (83)	<b>88</b> (78)	<b>87</b> (88)	<b>81</b> (80)	<b>65</b> (72)	<b>75</b> (78)
<b>oder ist die Höhe genau richtig</b>	<b>18</b> (13)	<b>10</b> (20)	<b>8</b> (9)	<b>15</b> (15)	<b>33</b> (22)	<b>21</b> (16)
<b>weiß nicht</b>	<b>1</b> (3)	<b>2</b> (0)	<b>1</b> (2)	<b>2</b> (3)	<b>1</b> (4)	<b>2</b> (4)

Werte in Prozent

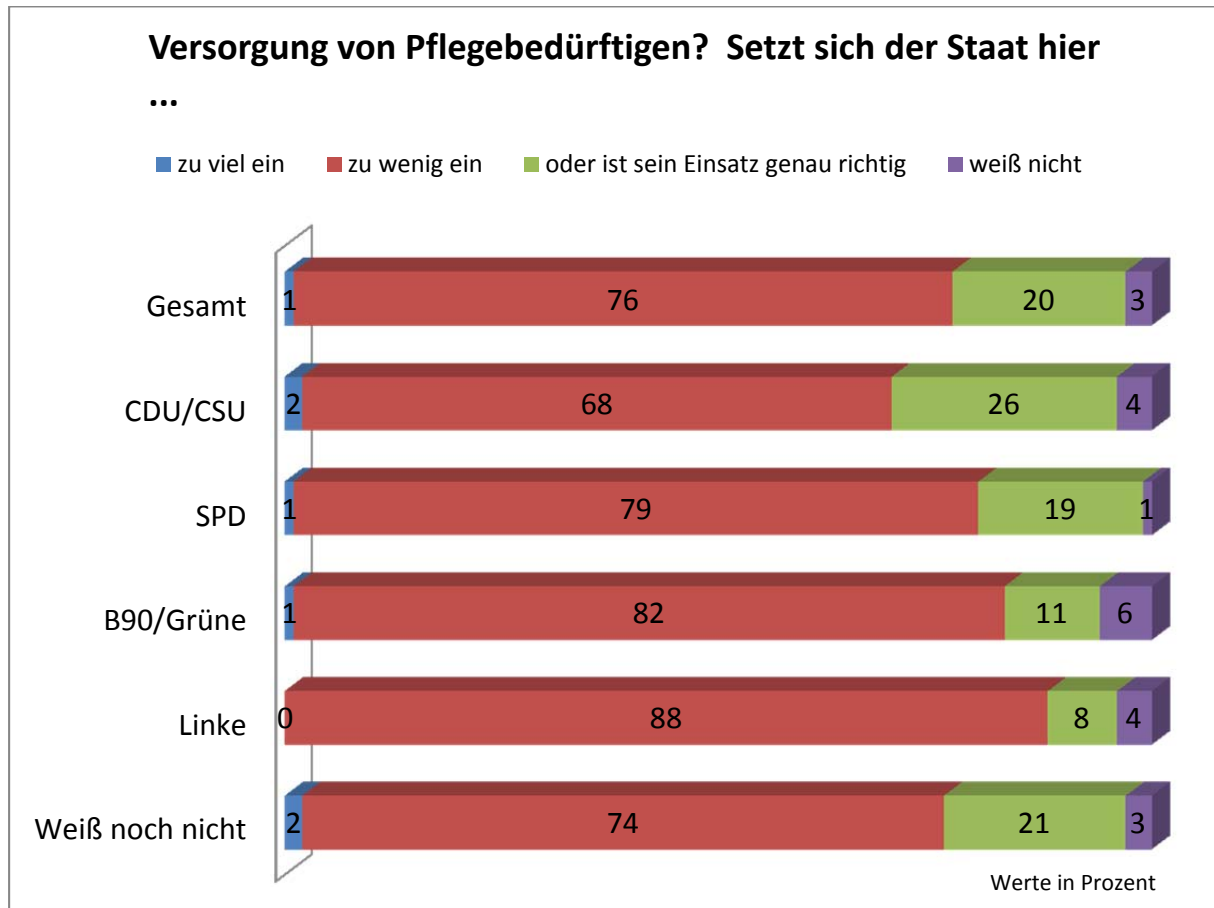
Frage 2B: Ich lese Ihnen verschiedene Bereiche vor, in die der Staat finanzielle Mittel investiert. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Ihrer Meinung nach in Deutschland in diesen Bereich zu viel oder zu wenig investiert wird oder ob die Höhe der Investitionen genau richtig ist. Wie ist das mit **dem sozialen Bereich**? Wird hier ...



<b>Wie ist das mit dem Sozialbereich? Wird hier ...</b>						
In Klammern: Erhebung Mai/2013						
	Weiß noch nicht	Linke	B90/Grüne	SPD	CDU/CSU	<b>Gesamt</b>
<b>zu viel investiert</b>	5 (10)	12 (2)	2 (1)	3 (5)	8 (11)	6 (9)
<b>zu wenig investiert</b>	66 (53)	57 (79)	66 (64)	73 (65)	44 (50)	59 (57)
<b>oder ist die Höhe genau richtig</b>	25 (30)	27 (18)	32 (31)	23 (28)	44 (35)	31 (29)
<b>weiß nicht</b>	3 (6)	3 (1)	0 (3)	1 (2)	3 (3)	3 (4)

Werte in Prozent

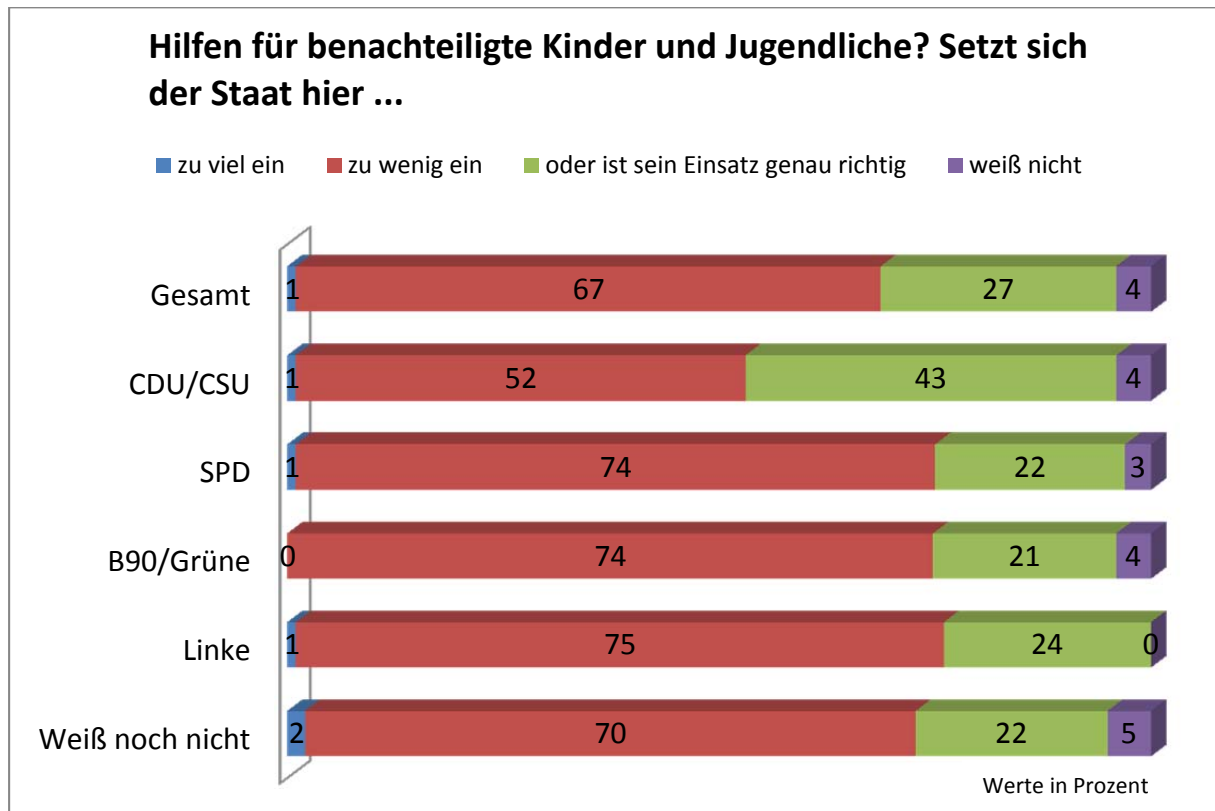
Frage 3A: Ich lese Ihnen verschiedene Aufgabenfelder vor, für die der Staat zuständig ist. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob sich der Staat Ihrer Meinung nach hier zu viel oder zu wenig einsetzt, oder ob sein Einsatz genau richtig ist. Wie ist das mit dem Einsatz für die **Versorgung von Pflegebedürftigen**? Setzt sich der Staat hier ...



Versorgung von Pflegebedürftigen? Setzt sich der Staat hier ...						
	Weiß noch nicht	Linke	B90/Grüne	SPD	CDU/CSU	Gesamt
<b>zu viel ein</b>	2	0	1	1	2	<b>1</b>
<b>zu wenig ein</b>	74	88	82	79	68	<b>76</b>
<b>oder ist sein Einsatz genau richtig</b>	21	8	11	19	26	<b>20</b>
<b>weiß nicht</b>	3	4	6	1	4	<b>3</b>

Werte in Prozent

Frage 3B: Ich lese Ihnen verschiedene Aufgabenfelder vor, für die der Staat zuständig ist. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob sich der Staat Ihrer Meinung nach hier zu viel oder zu wenig einsetzt, oder ob sein Einsatz genau richtig ist. Wie ist das mit dem Einsatz für die **Hilfen für benachteiligte Kinder und Jugendliche**? Setzt sich der Staat hier ...

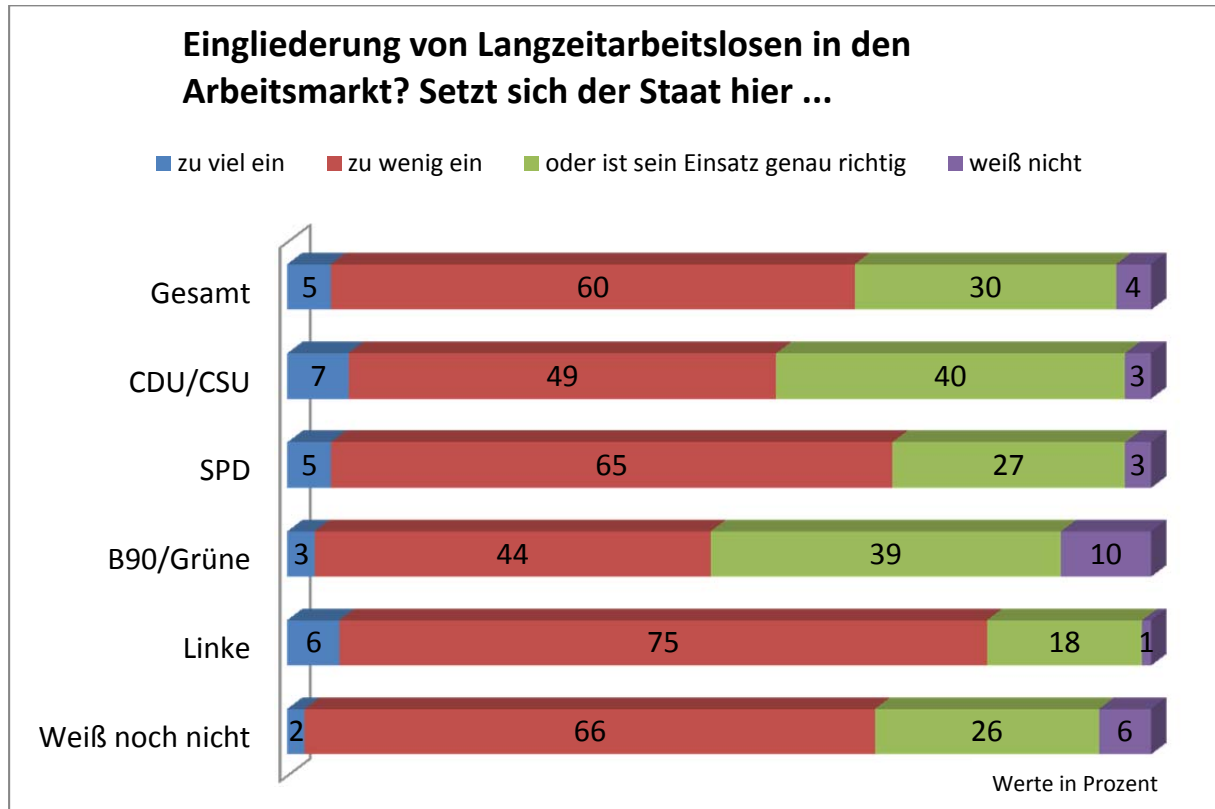


**Hilfen für benachteiligte Kinder und Jugendliche? Setzt sich der Staat hier ...**

	Weiß noch nicht	Linke	B90/Grüne	SPD	CDU/CSU	Gesamt
<b>zu viel ein</b>	2	1	0	1	1	<b>1</b>
<b>zu wenig ein</b>	70	75	74	74	52	<b>67</b>
<b>oder ist sein Einsatz genau richtig</b>	22	24	21	22	43	<b>27</b>
<b>weiß nicht</b>	5	0	4	3	4	<b>4</b>

Werte in Prozent

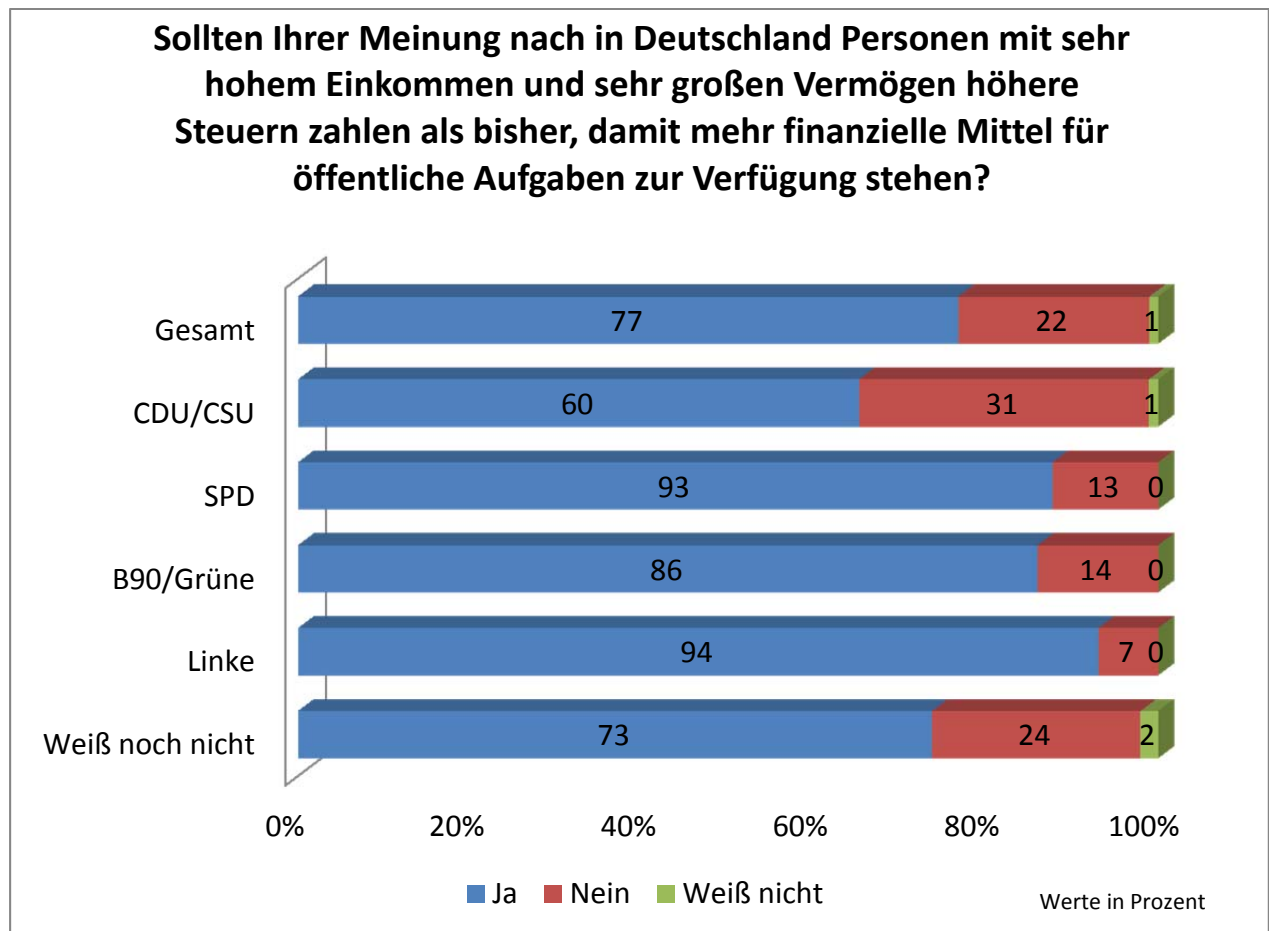
Frage 3C: Ich lese Ihnen verschiedene Aufgabenfelder vor, für die der Staat zuständig ist. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob sich der Staat Ihrer Meinung nach hier zu viel oder zu wenig einsetzt, oder ob sein Einsatz genau richtig ist. Wie ist das mit dem Einsatz für die **Eingliederung von Langzeitarbeitslosen**? Setzt sich der Staat hier ...



Eingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt? Setzt sich der Staat hier ...						
	Weiß noch nicht	Linke	B90/Grüne	SPD	CDU/CSU	Gesamt
<b>zu viel ein</b>	2	6	3	5	7	<b>5</b>
<b>zu wenig ein</b>	66	75	44	65	49	<b>60</b>
<b>oder ist sein Einsatz genau richtig</b>	26	18	39	27	40	<b>30</b>
<b>weiß nicht</b>	6	1	10	3	3	<b>4</b>

Werte in Prozent

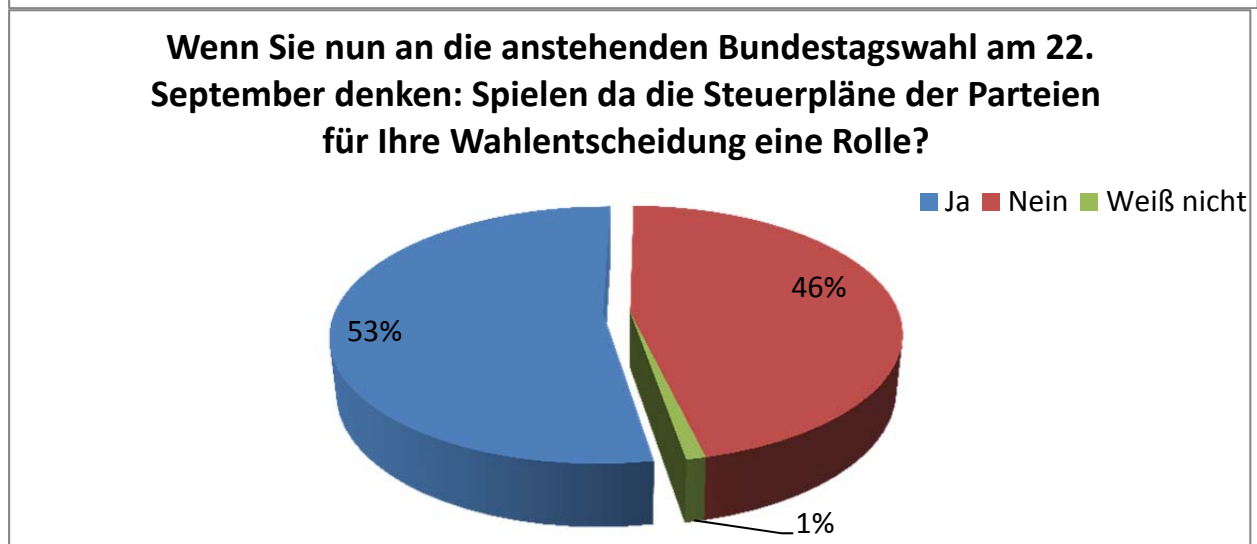
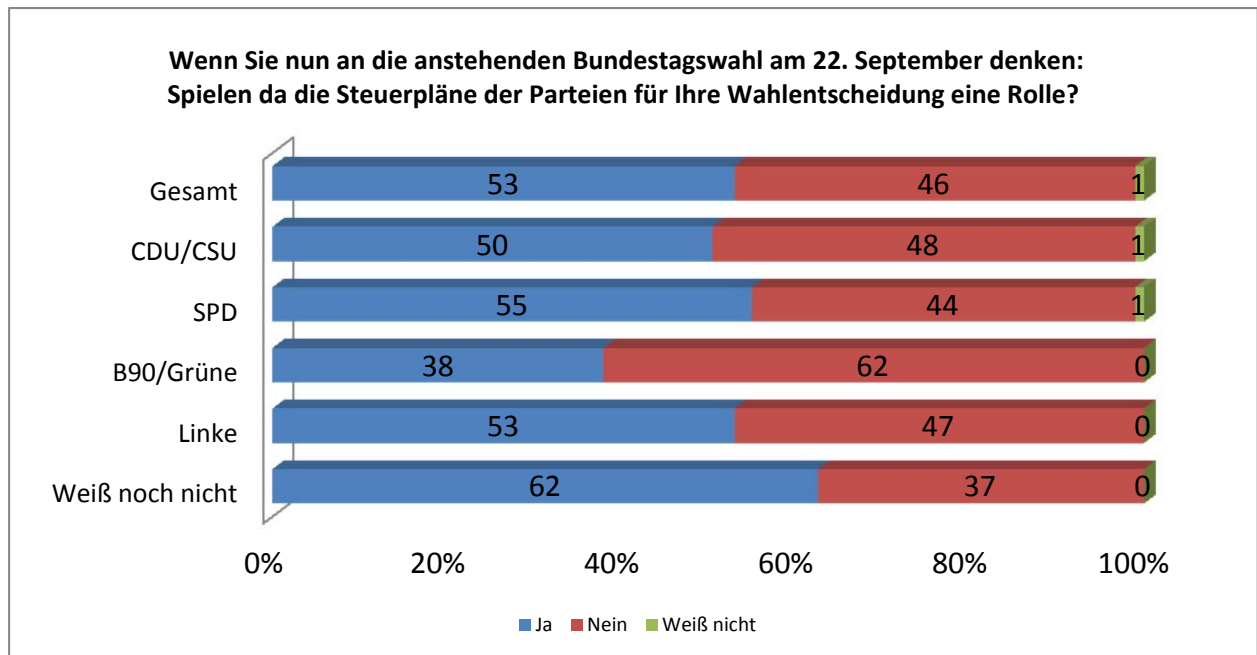
Frage 4: Sollten Ihrer Meinung nach in Deutschland Personen mit sehr hohem Einkommen und sehr großen Vermögen höhere Steuern zahlen als bisher, damit mehr finanzielle Mittel für öffentliche Aufgaben zur Verfügung stehen?



<b>Höhere Steuern für Vermögende?</b>						
In Klammern: Erhebung Mai/2013						
	Weiß noch nicht	Linke	B90/Grüne	SPD	CDU/CSU	Gesamt
<b>Ja</b>	<b>73</b> (76)	<b>94</b> (87)	<b>86</b> (86)	<b>93</b> (85)	<b>60</b> (66)	<b>77</b> (77)
<b>Nein</b>	<b>24</b> (17)	<b>7</b> (7)	<b>14</b> (14)	<b>13</b> (13)	<b>31</b> (31)	<b>22</b> (20)
<b>Weiß nicht</b>	<b>2</b> (5)	<b>0</b> (6)	<b>0</b> (0)	<b>0</b> (2)	<b>1</b> (3)	<b>1</b> (3)

Werte in Prozent

Frage 5: Wenn Sie nun an die anstehenden Bundestagswahl am 22. September denken: Spielen da die Steuerpläne der Parteien für Ihre Wahlentscheidung eine Rolle?



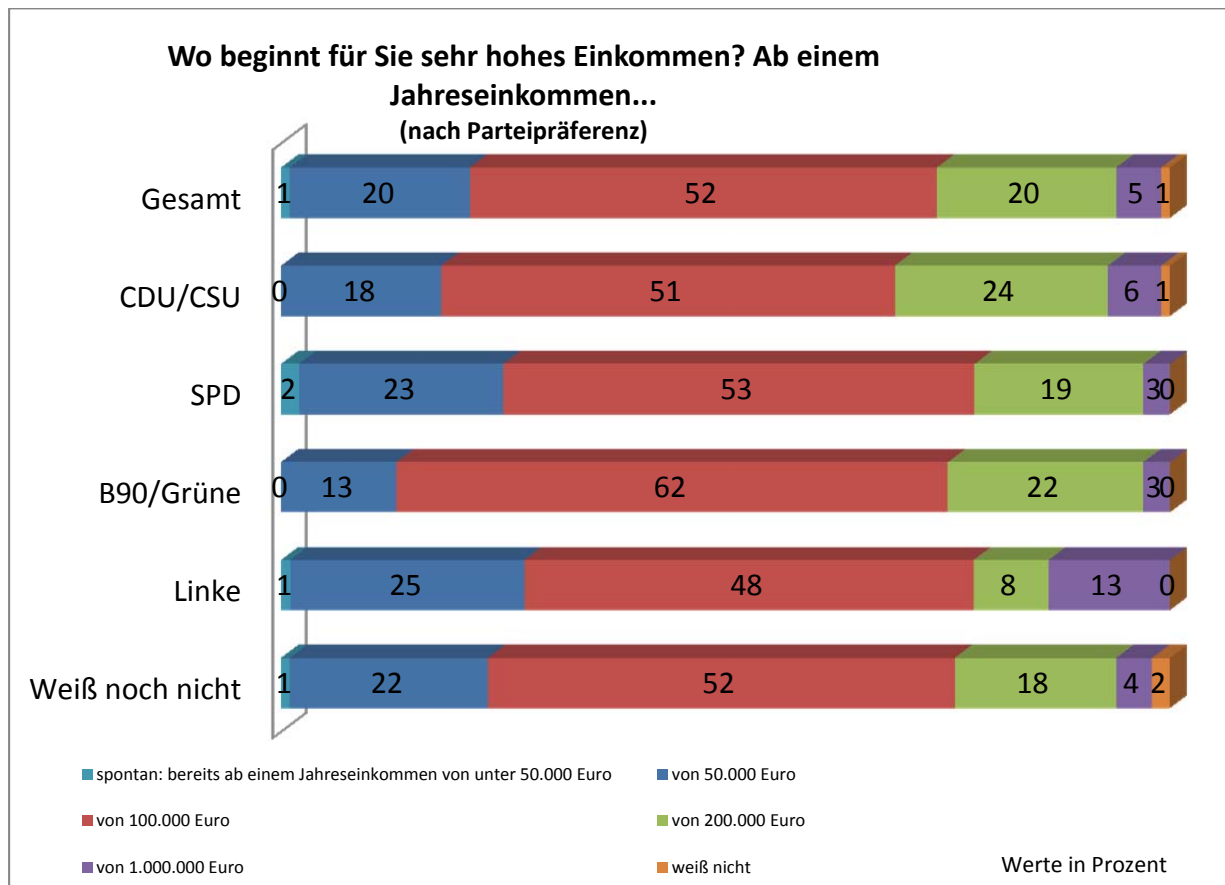
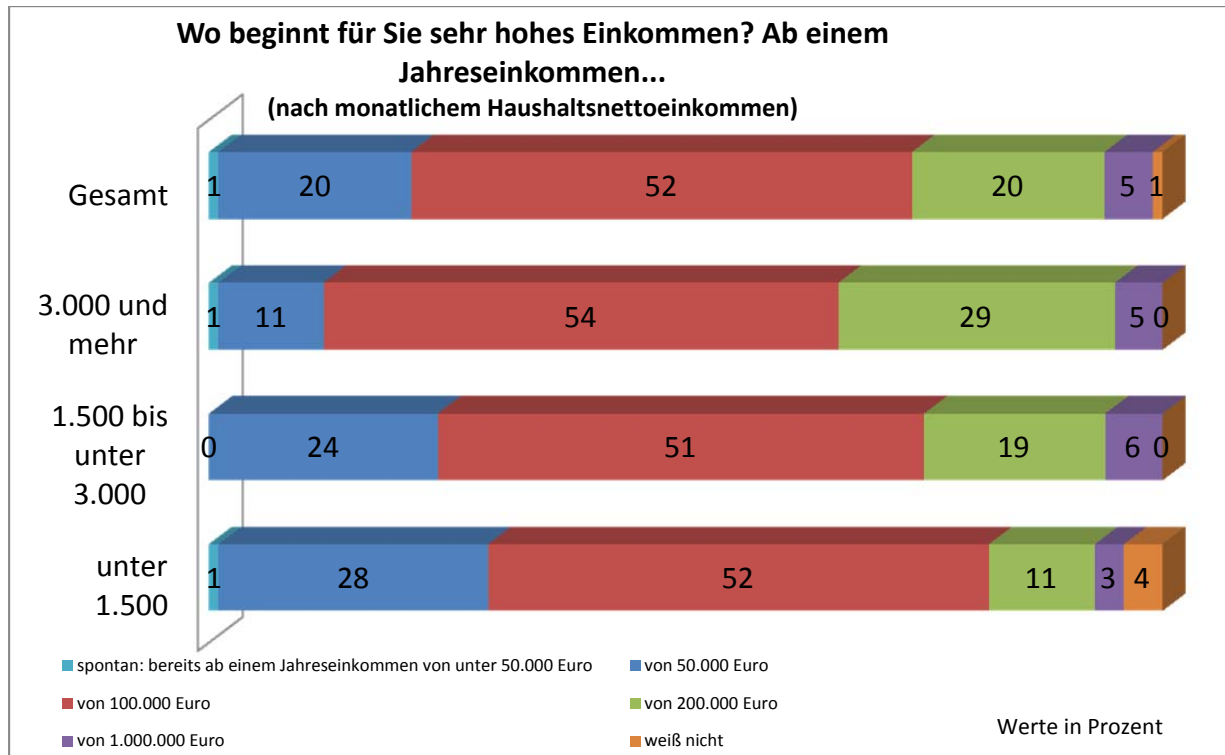
**Spielen die Steuerpläne der Parteien für Ihre Wahlentscheidung eine Rolle?**

	Weiß noch nicht	Linke	B90/Grüne	SPD	CDU/CSU	Gesamt
Ja	62	53	38	55	50	53
Nein	37	47	62	44	48	46
Weiß nicht	1	0	0	1	1	1

Werte in Prozent

Werte in Prozent

Frage 6: Es wird momentan viel über Vermögen und Einkommen diskutiert. Ab welchem Betrag würden Sie von einem sehr hohen Einkommen sprechen? Bitte gehen Sie vom Brutto-Jahreseinkommen einer alleinlebenden Person ohne Familie aus. Sehr hohe Einkommen beginnen Ihrer Meinung nach ab einem Jahreseinkommen...





Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband

– Gesamtverband e.V.

Oranienburger Str. 13-14

D-10178 Berlin

Telefon: +49 (0)30 – 24 636-0

Telefax: +49 (0)30 – 24 636-110

E-Mail: [info@paritaet.org](mailto:info@paritaet.org)

Internet: [www.paritaet.org](http://www.paritaet.org)

Verantwortlich:

Dr. Ulrich Schneider

Bearbeitet von:

Gwendolyn Stilling

Christian Woltering

September 2013